



öffentlich

**Betreff:**

Soziale Infrastruktur im Entwicklungsbereich Bornstedter Feld

**Einreicher:** Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 18.02.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.03.2014	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Entwicklungsbereich Bornstedter Feld sind Jugendfreizeiteinrichtungen vorgesehen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die im Februar 2012, ausgesetzten Planungen zur Realisierung unverzüglich wieder aufzunehmen. Dabei sind die beiden Möglichkeiten:

- Errichtung von zwei kleineren Jugendfreizeiteinrichtungen in der David-Gilly-Straße für Kinder von 6 bis 13 Jahren und eine kleinere Jugendfreizeiteinrichtung nahe der weiterführenden Schule für Jugendliche von 14 bis 21 Jahren
- sowie die Errichtung einer großen Jugendfreizeiteinrichtung für eine Zielgruppe von 6 bis 21-Jährigen zu prüfen.

gez.  
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Mit der wachsenden Bevölkerung im Entwicklungsbereich Borstedter Feld wächst auch kontinuierlich der Bedarf an Jugendfreizeiteinrichtungen. Deshalb sollte die soziale Infrastruktur parallel zur Wohnbebauung entwickelt und realisiert werden.

Damit ein Jugendtreff ein lebendiger Ort des Zusammenseins wird, bedarf es vor allem der Identifikation mit dem Projekt. Ein wesentlicher Schritt dabei ist die frühzeitige Beteiligung der Zielgruppen, nämlich der Jugendlichen selbst, aber auch der Eltern. Für Potsdam als familienfreundliche Stadt sollte es daher selbstverständlich sein, die Betroffenen von Beginn an in die Überlegungen und die Entscheidung einzubeziehen.